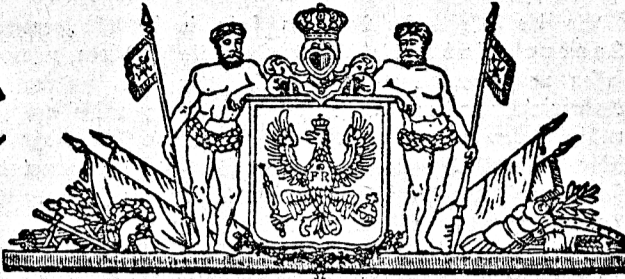


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsst.): Jul. Eiban, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Döhner zurückgetreten.

Drahtmeldung.

München, 28. September. (E. U.)

Polizeipräsident Döhner ist heute zurückgetreten. Er erklärte, daß die Verhältnisse es noch nicht gestattet hätten, die „Bewährten Bestimmungen“ des bayerischen Ausnahmerechtes preiszugeben, zumal für die nächsten Monate die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens bevorstehen. Unter diesen Umständen sei er außerstande, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen und habe heute um die Enthebung von seinem Amte gebeten.

*

Die Erklärung, mit der der Münchener Polizeipräsident, der weit über sein Amt hinaus politischen Einfluß erstrebte und ausübte, sein Rücktrittsgesuch begründet, ist darauf berechnet, der jetzigen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Sie schließt sich damit würdig den Parteimanövern an, die von den deutschnationalen betrieben wurden, um womöglich aus dem Rücktritt Raths eine Katastrophe zu machen. Aus Veröffentlichungen eines Mitgliedes der Bayerischen Volkspartei ist bekannt geworden, daß rechtsradikale Gruppen dem Landtagsauschuß sogar mit Maschinengewehren gedroht haben, um die Entscheidung zugunsten Raths und gegen das Reich zu erzwingen. Der Polizeipräsident von München hat den Ausnahmezustand bisher so gehandhabt, daß die Handvoll Rechtsradikaler glauben konnte, sich Derartiges ungestraft herausnehmen zu dürfen. Die Aufhebung dieses Ausnahmezustandes muß allerdings einem Regiment ein Ende bereiten, das einseitig im Dienst einer Partei wirkte. Diese Partei hat den Bogen überspannt und sich dadurch selbst ausgeschaltet. Damit war auch Herr v. Döhner selbstverständlich erledigt. Daß er sich in seinem Abschiedsgesuch noch einmal politisch brapert, zeigt, daß diese Art von Beamten, die sich als die Hüter der alten Tradition aufspielen, sich sehr zu ihrem Nachteil von den guten Ueberlieferungen der früheren Zeit unterscheiden, so es ganz ausgeschlossen gewesen wäre, daß ein Polizeipräsident sich herausgenommen hätte, in einer öffentlichen Erklärung eine Maßnahme der Regierung, wie die geplante Aufhebung des Ausnahmezustandes, zum Gegenstand eines Pronunziamentos zu machen, das geeignet und vielleicht darauf berechnet ist, Beunruhigung, ja Unruhe, herbeizuführen. Herr von Döhner hat sich durch diesen Abschluß seiner Laufbahn selbst den schlechtesten Dienst erwiesen. Er hat noch einmal gezeigt, wie erfreulich es ist, daß die Entwicklung der letzten Tage die Voraussetzungen für seine weitere Wirksamkeit beseitigt hat.

Die Aufhebung der Sanktionen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 28. September.

Nach einer Radiomeldung aus Frankfurt a. M. sollen die wirtschaftlichen Sanktionen in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend aufgehoben werden.

Dazu erklärt das „Echo de Paris“: „Man weiß, daß lebhafteste Verhandlungen im Gange sind, um Frankreich vor der Aufhebung der Sanktionen die nötigen Garantien zu sichern, die ihm der Oberste Rat versprochen hat, und die es verlangt. Wenn die Information der Agentur sich bestätigt, was nicht unwahrscheinlich ist, so ist das ein Beweis dafür, daß Frankreich Ermutigung erhalten hat in bezug auf die Rechte der Kontrollkommission, die damit beauftragt wird, die Ein- und Ausfuhr genehmigung im Rheinland zu regulieren.“

Die Wiedergutmachungskommission hat gestern nachmittag eine Sitzung abgehalten und von den Wiesbadener Abmachungen zwischen Loucheur und Rathenau über die Naturalieferungen Kenntnis genommen. Sie hat beschlossen, für den Augenblick die vollständige Prüfung dieses Abkommens zu vertagen, um so mehr, als das Willkommen von Deutschland noch nicht ratifiziert worden ist.

Ministerpräsident Briand hat gestern den deutschen Botschafter Dr. Mayer und den italienischen Botschafter Grafen Bonin Longare empfangen.

Für ein ungeteiltes Oberschlesien!

Eine Anzahl ober-schlesischer Verbände, darunter der Oberschlesische berg- und hüttenmännische Verein, der Landbund, der Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und der katholische Alerus, haben der deutschen Regierung umfangreiches Material übermittelt, in dem neuerdings die Unteilbarkeit Oberschlesiens dargelegt wird, und gebeten, dieses Material an den Völkerverbund weiter zu leiten. Die deutsche Regierung wird das Material in den nächsten Tagen in einer Note den alliierten Regierungen und dem Völkerverbund unterbreiten.

Der Privatkredit für das Reich.

Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* München, 28. September.

Im Deutschen Theater begann heute morgen der öffentliche Teil der Verhandlungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Diese Verhandlungen haben diesmal eine ganz besondere Wichtigkeit, weil kaum jemals zuvor wirtschaftliche Probleme, insbesondere industrielle und Produktionsfragen so sehr öffentliche Angelegenheiten gewesen sind, wie heute. Es hat langer Schwere bedurft, um von der ersten wirtschaftlichen Einseitigkeit nach dem Zusammenbruch des alten Reiches bis zu der großen Kreditaktion zu führen, die die Industrie ins Werk zu setzen beschlossen hat, um die Erfüllung der Reparation des Reiches in Formen möglich zu machen, die die wirtschaftliche Substanz möglichst ungeschwächt der deutschen Wirtschaft erhält.

Diese eigenartige und in Deutschland zum ersten Male in Anwendung gelangte Einspannung des privatwirtschaftlichen Kredits in den Rahmen großer völkerrechtlicher Verpflichtungen drückt der diesmaligen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie den Stempel auf.

Schon die gestrige Mitgliederversammlung, in der das Kreditproblem zur Beratung stand, war so zahlreich besucht, daß der Festsaal des Hotels Bayerischer Hof bis weit über den letzten Platz hinaus gefüllt war. Als heute die Besucher der Tagung in das Deutsche Theater strömten, zeigte sich bald, daß Parteit und Ränge nur mit knapper Not der stattlichen Versammlung Aufnahme gewährten.

Dieses Theater bot heute seinen Besuchern im übrigen eine richtige Premiere: Graf Berchtesgaden, der neue bayerische Ministerpräsident, stellte sich hier zum ersten Male nach seiner Wahl einem größeren öffentlichen Kreise vor. Er sprach in seiner Begrüßungsansprache als Hausherr in Bayern und als oberster Hausherr des Deutschen Theaters. Der genius loci dieses Hauses wird bewundernd auf dieses ganz neue Schauspiel schauen, das diese Industriellenversammlung im Hause der Muse bietet, aber der Hausgeist wird sich sicher nicht minder gewundert haben, daß ein veritabler Ministerpräsident von der Hausbühne herab zum Publikum spricht, und mehr noch vielleicht darüber, daß er von diesem ohne jede Kunst nur wenigen Worten Beifall einheimst. Tatsächlich machte die Ansprache des Grafen Berchtesgaden gerade wegen der Schlichtheit seines Auftretens, der freien Art der Rede und der Natürlichkeit ihres Inhalts besonderen Eindruck.

Neben dem Grafen Berchtesgaden waren der bayerische Handelsminister Ham und der bayerische Finanzminister Krauseneck als Vertreter der bayerischen Staatsregierung erschienen. Die Reichsregierung hatte Dr. Rathenau mit ihrer Vertretung beauftragt, die verschiedenen beteiligten Ressorts repräsentierten Ministerialdirektor Dr. v. Simon vom Auswärtigen Amt, Staatssekretär Müller vom Aufbaumministerium, Staatssekretär Josp vom Reichsfinanzministerium, denen sich Ministerialdirektor Hüntenheim vom Reichswirtschaftsministerium mit mehreren Ministerialreferenten zugesellte. Im Parteit war als Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Industrie der ehemalige Reichskommissar für den Wiederaufbau Dr. Guggenheimer erschienen, während am Vorstandstisch sein Nachfolger v. Barocki Platz genommen hatte. Von früheren Reichsministern waren Dr. Simons, der vor seiner Ministerkammer geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes war, und der ehemalige Schatzminister v. Krauseneck anwesend, der wieder auf seinen alten Posten als Leiter des Verbandes der deutschen Elektrizitätswerke zurückgekehrt ist. Die Stadt München vertrat Bürgermeister Küfner. Unter den sonstigen Anwesenden, die fast alle Führer der verschiedenen Zweige der deutschen Industrie umfaßten, vermißt man Generaldirektor Bögl, der wegen Krankheit seinen Vortrag hat absagen müssen. Auch Dr. Stresemann hat sein Versprechen, ein Referat zu erstatten, nicht halten können, da ihn die politischen Verhältnisse an Berlin bannen.

Diese zahlreiche Gästefahr begrüßte mit stichlichem Stolze der Vorsitzende des Präsidiums des Reichsverbandes, das Mitglied des Reichsrates und des Reichswirtschaftsrates Dr. Ing. Sorge. Er gedenkt zuerst in bewegten Worten des Unglücks von Oppau. Eine stumme Trauer geht durch das Haus, als die Versammlung stehend einer Schilderung der Katastrophe und der Bekundung des ersten Willens der deutschen Industrie, nach Kräften den Opfern der Katastrophe zu helfen, folgt.

Dr. Sorge wies in seinen weiteren Ausführungen darauf hin, daß man sich hinsichtlich der Erfüllung des Londoner Ultimatus auf den Boden der realen Tatsachen stellen und ernstlich den

Versuch machen müsse, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, wie auch immer man zu der Erfüllungsmöglichkeit stehe. Die Industrie sei bereit, ihre ausländischen Kredite zugunsten des Reiches nutzbar zu machen unter der Voraussetzung, daß sich an ihrer Aktion die Landwirtschaft, die Bankwelt und der Handel beteiligen, und daß die Regierung ihrerseits alles tue, um das Risiko der Zerstörung des letzten Restes unserer Wirtschaft zu verringern, namentlich indem sie endlich Ordnung in den Etat bringe. Die endlich einmal durchgreifende Finanzreform müsse sich ebenso auf die Ausgabenwirtschaft, als auf die Vermehrung der Einnahmen, namentlich durch Rationalisierung der Staatsbetriebe, erstrecken. Die deutsche Industrie sei bereit, an allen Aufgaben mitzuwirken, die der Wiedergenesung der deutschen Wirtschaft und damit auch des gesamten deutschen Volkes dienen.

Rathenau über Wiesbaden.

Minister Rathenau überbrachte Grüße der Reichsregierung, und mit ihnen eine Anerkennung des bisher Geleisteten. Die Regierung begrüße die Wünsche der Industriekreise auf intensivere Beteiligung an der Führung der Regierungsgeschäfte. Er hoffe, daß sich dies im Zusammenhang mit den schwebenden Verhandlungen über eine Verbreiterung der Regierungsbasis durchführen lasse. Die Gegenstände, die sich in allerletzter Zeit zwischen Nord und Süd gezeigt hätten, seien lediglich auf Mißverständnisse zurückzuführen. Einen anderen Grund könne es überhaupt nicht geben, wenn man die ungeheuren und dauernden Sympathien in Betracht ziehe, die Nord und Süd verbänden. Alle im Deutschen Reich erkrankten in gleicher Liebe zu ihm das gleiche, zum großen Teil mit gleichen Mitteln.

Man habe ihm die Worte untergeschoben: „wir könnten zahlen, wollen wir nur“. Dies sei eine Legende; ganz abgesehen von der physischen Grenze bestünde auch noch die ethische, und zwar aus der Erwägung daraus, wie weit man es verantworten könne, daß durch Zumutung irgendwelcher Leistungen ein Volk in Not gerate.

Die bloße Aussprache des „non possumus“ müsse auf der anderen Seite als ein „wir wollen nicht“ gedeutet werden. Wir hätten die Verpflichtung, an der Wiederherstellung der Welt bis zu einem gewissen Grade mitzuarbeiten, und diesen Punkt müßten wir erreichen. Er selbst sei der Ansicht, daß wir ein „non possumus“ von der anderen Seite kommend erleben werden. Die Schädigungen, die ihr aus der bisherigen Regelung der Reparation entstanden, seien gewaltige. England habe bereits drei Millionen, Amerika sechs Millionen Arbeitslose. Rechnet man dazu die Beschäftigungslosen aus den übrigen Entente-Ländern, so erreicht man eine Ziffer, die der Gesamtzahl der Ententekämpfer während des Krieges nicht allzu sehr nachstünde. Ein Rentnerium des Individuums habe sich sehr wohl als möglich erwiesen. Daraus aber die Möglichkeit eines Rentneriums von Land zu Land zu konstruieren, sei unmöglich.

Persönlich habe er sich über eine Rede Churchills in Dundee sehr gefreut, in der der Plan ausgesprochen wurde, eine Kooperation der zivilisierten Völker in Form eines Kongresses zu schaffen. Es sei dies ein überaus verständliches Vorgehen, rufe man doch an ein Krankenbett die besten Ärzte, die von allen Seiten aufzutreiben sind. Es sei durchaus unverständlich, wolle man Ähnliches für den im Sterben befindlichen Weltwirtschaftskörper ablehnen. Die Art der bisherigen vertraglichen Formulierung bedinge auf Seiten der Entente merkwürdige Enttäuschung. Man brauche dabei nur an unsere Reparationsfonds zu denken, mit denen die Entente nicht viel anfangen könne.

In leidenschaftlicher Aussprache, unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen müsse man sich besprechen und derartige Verhandlungen dürfe man mit solchen rein politischer Natur nicht auf gleiche Stufe stellen. Frankreich habe für den Wiederaufbau bereits viel getan, Erhebliches bleibe jedoch noch zu erledigen. Neben den technischen Schwierigkeiten bestünden auf französischer Seite vor allem finanzielle, da Frankreich sich ängstlich gesüht habe, Inflationspolitik zu treiben. Für uns sei die Beschleunigung des Wiederaufbaues schon mit Rücksicht auf Befestigung von Agitationsstoff dringend wünschenswert.

Der neuerliche Sturz unserer Währung habe die Unmöglichkeit bewiesen, unsere Reparationsverpflichtungen lediglich durch Devisen abzulösen. Das Problem sei Ersatz von Geld durch Sachleistungen. Sicherlich seien dabei Widerstände der französischen Industrie zu überwinden. Hier vertritt aber der französische Minister für die befreiten Gebiete selbst die Anschauung, daß sich die französische Industrie ins eigene Fleisch schneide, wolle sie ihre ganze Tätigkeit auf Wiederaufbauleistungen einstellen.